



**SEITE 2/3**  
 Armuts- und Reichtums-  
 bericht  
 Finanzmarktregulierung

**SEITE 4/5**  
 Frauenquote  
 Zukunftskongress



**SEITE 6/7**  
 Zukunftskongress: Visionen  
 für eine Politik von morgen

**SEITE 8/9**  
 Eine neue Ordnung für Arbeit  
 Zukunft Schiene



**SEITE 10/11**  
 Im Interview: Frank-Walter  
 Steinmeier

**SEITE 12**  
 NSU-Untersuchungsaus-  
 schuss

# GUTE ARBEIT



Ausgabe 5/2012

# Wie wollen wir morgen leben?

Mit einem Kongress hat die SPD-Fraktion ihre Ideen für die Zukunft präsentiert.

**Wie wollen wir morgen leben? Wie sieht ein gerechtes Deutschland im Jahr 2020 aus? Diese Fragen hat sich die SPD-Bundestagsfraktion zu Beginn ihres „Projekt Zukunft“ gestellt.** Für die Antworten haben sich die SPD-Abgeordneten 18 Monate Zeit genommen. Sie haben mit Experten gesprochen, mit Bürgern, Gewerkschaften und Verbänden diskutiert, in die Gesellschaft hineingehorcht. Auf einem zweitägigen Zukunftskongress im Berliner Paul-Löbe-Haus haben sie jetzt die Ergebnisse präsentiert.

In acht Themenforen diskutierten die Abgeordneten die Ergebnisse der jeweiligen Projektgruppen mit den mehr als 1.000 Teilnehmern. Die Themen reichten von Integration über Generationengerechtigkeit bis hin zu einer neuen Ordnung des Arbeitsmarktes. Ergänzt wurden die Foren am zweiten Tag von drei großen Diskussionsrunden über Gerechtigkeit, Wohlstand und Demokratie, in denen jeweils verschiedene Gäste mit SPD-Politikerinnen und -Politikern debattierten. Kritik und Anregungen des Publikums waren dabei ausdrücklich erwünscht.

„Die Regierung versetzt das Volk in tägliches Koma,“ sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede am zweiten Kongresstag. Dem wolle die SPD-Fraktion etwas entgegensetzen – etwas mit Hand und Fuß, Konzepte für das nächste Jahrzehnt. „Wir haben die Vision von einem Land, in dem Wohlstand für alle möglich ist.“ In Richtung Publikum sagte er: „Lasst uns dafür sorgen, dass aus der gesellschaftlichen Mehrheit für sozialdemokratische Haltungen eine politische Mehrheit wird!“ Im Mittelpunkt des Zukunftskongresses stand vor allem



„Darüber reden, wie die Vielen in unserem Land leben wollen“: Fraktions- und Parteispitze auf dem Zukunftskongress in Berlin.

ein Thema: Gerechtigkeit. Ob Generationengerechtigkeit, Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt oder eine gerechte Steuerverteilung. „Was hält eine Gesellschaft wirklich zusammen?“, fragte Frank-Walter Steinmeier. Seine Antwort: die soziale Gerechtigkeit. „Sie ist systemrelevant für unsere Demokratie.“

**SPD-Politik ist Gesellschaftspolitik**

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört in Zeiten von ungleicher Vermögensverteilung auch, dass starke Schultern mehr tragen müssen, das machte Peer Steinbrück in seiner Rede deutlich. Er sprach sich für Steuererhöhungen bei Spitzenverdienern aus. Nicht zum Selbstzweck, sondern um finanzielle Spielräume zu schaffen. Spielräume, um die Finanzkraft der Kommunen zu stärken, die öffentliche Infrastruktur

auszubauen und die Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu verbessern. „Alle Politik der SPD ist letztlich Gesellschaftspolitik“, sagte der SPD-Kanzlerkandidat. Und die wiederum bilde die Bindekraft der Gesellschaft. „Diese Qualität stellen wir in spätestens zwölf Monaten der CDU/CSU, vor allem aber der FDP entgegen.“ Die Sozialdemokraten suchen den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern,

das machte der Zukunftskongress der SPD-Fraktion deutlich. Er bildete dabei gleichzeitig den Auftakt des SPD-Bürgerdialogs. „Wir wollen darüber reden, wie die Vielen in unserem Land leben wollen, anstatt uns von den Wenigen sagen zu lassen, wie wir leben müssen“, brachte es SPD-Chef Sigmar Gabriel abschließend auf den Punkt. ■ **Mehr zum Zukunftskongress auf den Seiten 5-8.**

**Zukunftskongress als Video**

Die einzelnen Reden, Foren und Debatten des Zukunftskongresses finden Sie auch als Videoaufzeichnung auf [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) oder im Youtube-Channel der SPD-Bundestagsfraktion:



## Achtung Schwarz-Gelb!



Der vom Arbeits- und Sozialministerium vorgelegte Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts hat FDP-Chef Rösler nicht gefallen. Dort steht drin, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Eine Feststellung, die natürlich nicht an die Öffentlichkeit gelangen darf. Röslers Lösung: Der Bericht muss noch in die „Ressortabstimmung“.

**Sigmar Gabriel meint dazu:** „Die Wirklichkeit lässt sich nicht ressortabstimmen, und sie lässt sich auch nicht fälschen.“

Es geht doch nichts über eine gesunde Selbsteinschätzung. Angela Merkel hat den Vorwurf, in den 1990er Jahren als Umweltministerin bezüglich der Atomendlagersuche gelogen zu haben, vehement zurückgewiesen. Auf die Frage, warum sie sich in einem Radiointerview dann mehr als missverständlich ausgedrückt habe, antwortete sie: „Weil ich damals noch nicht so perfekt war wie heute.“

**Wir meinen: Hochmut kommt in der Regel vor dem Fall.**

Es grenzt an Realsatire, was die schwarz-gelbe Bundesregierung derzeit wieder aufs Parkett legt: Die einstige Wunschkoalition von CDU/CSU und FDP streitet schlimmer als ein Ehepaar, das kurz vor der Scheidung steht. Ob beim Betreuungsgeld, bei der Frauenquote in Aufsichtsräten oder beim Armuts- und Reichtumsbericht. „In dieser Regierung streitet jeder gegen jeden“, bringt es Thomas Oppermann auf den Punkt.

**Wir meinen: Eine Scheidung ist immer unangenehm, aber manchmal geht es einfach nicht weiter. Lieber ein Ende mit Schrecken...**

# „Schwarz-Gelb vertieft die Spaltung der Gesellschaft“

In Deutschland besitzen 10 Prozent der Menschen mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens. Den Armen bleibt hingegen immer weniger.

Die aktuellen Zahlen im Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung zeigen: Die Schere der Einkommens- und Vermögensverhältnisse geht trotz Finanzmarktkrise immer weiter auseinander. Das Vermögen des Staates schrumpft, während der private Reichtum in Deutschland weiter ansteigt, allerdings sehr einseitig verteilt. Inzwischen besitzen die reichsten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte der Haushalte verfügt hingegen nur über gut ein Prozent des Nettovermögens.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb mehr Verteilungsgerechtigkeit. „Hierfür brauchen wir dringender denn je eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und Einkommen,“ erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit Hilde Mattheis. Auch für SPD-Fraktionsvize Joachim Poß ist eine vernünftige Steuerpolitik das wirksamste Mittel gegen wachsende Ungleichheit. Doch hier gefalle sich die Regierung in Totalverweigerung. „Selbst eine moderate Steuererhöhung für Spitzenverdiener ist mit ihr nicht zu machen.“

Im Gegenteil, Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Vermögensabgaben inzwischen eine generelle Absage erteilt, mit der Begründung, dass viele mittelständische Unternehmen das Land verlassen würden. Für Joachim Poß eine beispiellose Entgleisung: „Offenbar schreckt Frau Merkel nicht davor zurück den Menschen Angst einzujagen.“ Nicht anders seien Ihre Bemerkungen



Einige Wenige können sich in Deutschland alles leisten. Für den Rest bleibt nur wenig.

zu verstehen, mit denen Sie ein Horrorgemälde zeichne, um eine sozial gerechte Besteuerung der Vermögenden zu verhindern.

## Unschlagbares Argument

Poß sieht in den Befunden des Armuts- und Reichtumsberichts ein unschlagbares Argument für die Wiedererhebung der Vermögenssteuer. Dadurch würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Mit ihr würde sich die finanzielle Situation des Staates verbessern und gleichzeitig könnte das Auseinanderdriften der Gesellschaft bei den Vermögen zumindest gestoppt werden.

Aber nicht nur die ungleiche Vermögensverteilung, sondern auch „die Einkommensspreizung hat zugenommen“, heißt es im Armuts- und Reichtumsbericht. Während die höhe-

ren Löhne sich gut entwickelt hätten, seien die unteren Löhne in den vergangenen Jahren preisbereinigt gesunken. SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil weist in diesem Zusammenhang auf die Lohn- und Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hin: „Für eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung bräuchten wir eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, um prekäre Arbeits- und Lohnbedingungen zurückzudrängen.“ Auch hier verweigere die Regierung Merkel beharrlich die nötigen Maßnahmen. „Sie vertieft damit die Spaltung der Gesellschaft.“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Rahmen des Projekts Zukunft Vorschläge entwickelt, um die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Mehr dazu unter:

[spdfraktion.de/projekt-zukunft](http://spdfraktion.de/projekt-zukunft)

## Betreuungsgeld: Ein Schrecken ohne Ende

**Der Koalitionsstreit um das Betreuungsgeld geht in die nächste Runde. Die FDP hat einen von CDU und CSU gemeinsam ausgehandelten Kompromiss abgelehnt.** Damit ist wohl auch die für 18. Oktober im Bundestag vorgesehene Verabschiedung des Betreuungsgeldes geplatzt. Nach dem mangels Präsenz der Koalitionsabgeordneten gescheiterten Bundestagsbeschluss im Juni und der abgesagten Beschlussfassung im September wankt damit schon der dritte Versuch, das Gesetz zu beschließen. „Frau Merkel und ihr Chaos-Kabinett verlieren sich im-

mer mehr im Betreuungsgeldwahn-sinn“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler. Sie rät der schwarz-gelben Koalition, sich endlich einzugestehen, dass das gesamte Projekt Betreuungsgeld zum Scheitern verurteilt ist. Es sei politisch unverantwortlich, die Familien in Deutschland mit immer neuen Vorschlägen und Änderungswünschen zu verunsichern. „Deutschland braucht das Betreuungsgeld nicht“, sagt Ziegler. Schon im August hat die SPD-Bundestagsfraktion zudem ein von ihr in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten vor-

gestellt, mit klarem Ergebnis. Demnach ist der Gesetzentwurf zur Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder, deren Eltern keinen öffentlich finanzierten Betreuungsplatz in einer Krippe oder bei Tageseltern in Anspruch nehmen, verfassungswidrig. Denn es würde ein Anreiz geschaffen, Kinder nicht in staatlich finanzierten Einrichtungen betreuen zu lassen, heißt es in dem Rechtsgutachten. Damit lenke der Staat die Entscheidung der Eltern, was gegen die im Grundgesetz festgeschriebene Betreuungsfreiheit der Eltern verstoße. ■



„Dienstleister statt Zockerbuden“: Der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück will die Banken in die Pflicht nehmen.

# „Mit der Finanzkrise ist etwas aus dem Lot geraten“

## Peer Steinbrück fordert konkrete Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte. Sie hätten Maß und Mitte verloren.

Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat sein Konzept zur Regulierung der Finanzmärkte vorgestellt. In dem Papier mit dem Titel „Vertrauen zurückgewinnen: Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte“ analysiert Peer Steinbrück die Folgen der internationalen Finanzkrise von 2009 und macht konkrete Vorschläge zur Regulierung.

Die Bilanz seit 2009 fällt für Steinbrück ernüchternd aus. „Die Finanzmärkte haben Maß und Mitte verloren“, sagte er. Die internationale Finanzkrise habe gezeigt, dass etwas aus dem Lot geraten ist. „Haftung und Risiko fallen nicht mehr zusammen, denn Gewinne werden privatisiert, Verluste dagegen sozialisiert.“ Die Folge: Die Menschen haben das Vertrauen in Politik verloren.

### Mehr als nur Geld

Die Finanzkrise habe „sehr viel mehr gekostet als Geld“, heißt es dazu in Steinbrücks Papier. „In den Augen vieler Bürger verletzt sie Gerechtigkeitsgebote und den Sinn für Maß und Mitte. Sie wenden sich ab, weil sie den Eindruck haben, dass die Politik nur noch getrieben und erpressbar ist.“

Selbstkritisch gibt Steinbrück der Politik eine Mitschuld an dieser Entwicklung. Sie müsse sich eingestehen, dass manche Missstände und Fehlentwicklungen nicht zuletzt auf ihr Zusammenwirken mit Banken oder Fehlanrei-

ze für Banken zurückzuführen sind.

### Eine Frage der Gesellschaft

Der Bundesfinanzminister a. D. ließ bei der Vorstellung seines Papiers keinen Zweifel daran, dass die Politik jetzt handeln muss. Stelle man die dringend notwendige Frage, welche Regeln und Mechanismen geeignet sind, die Finanzmärkte zu bändigen, „geht es um nicht weniger als die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen“. Wie diese Mechanismen und Regeln konkret aussehen sollen, erläutert Steinbrück in seinem Papier.

Durch die europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer sollen die Finanzmärkte an den Kosten der Krise beteiligt werden. Außerdem soll die Staatshaftung für sogenannte systemrelevante Banken ein Ende finden – und damit die gegenwärtige Erpressungssituation, in der sich die Politik befindet. „Wir wollen nicht mehr, dass in erster Linie der Steuerzahler für illiquide Finanzinstitute zahlt, sondern die Eigentümer“, sagte Steinbrück dazu. Sein Vorschlag: Gerät eine systemrelevante, grenzüberschreitend tätige Bank in Schieflage, wird zukünftig ein von den Banken selbst finanzierter, europäischer Bankenfonds zuständig sein.

Als ganz entscheidenden Schritt bezeichnete Steinbrück die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking.

Dadurch würden Risiko und Haftung wieder zusammengeführt. „Die Investmentbank darf sich kein Kapital von der Geschäfts- und Einlagebank besorgen, und andersherum auch nicht.“

Als weitere Bestandteile der Finanzmarktregulierung nannte Steinbrück die Konsolidierung des Landesbankensektors sowie die Ausweitung der direkten Regulierung auf sogenannte Schattenbanken. Ungedeckte Leerverkäufe oder auch Rohstoffhandel ohne realwirtschaftliche Unterfütterung müssten unterbunden werden, um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität von Staaten zu erhöhen.

### EZB stärken

Nicht zuletzt müsse die Eigenverantwortung der Banken gestärkt werden. Dazu gehöre zum Beispiel die Verhinderung von Immobilienblasen durch eine Beschränkung der Immobilienbeleihung. Die Europäische Zentralbank (EZB), die „zu einem Ersatzakteur verurteilt wurde“, müsse jetzt auch die Kapazitäten und Durchgriffsrechte erhalten, die für die Übernahme von Aufsichtsaufgaben nötig sind. Mit Blick auf Brüssel fügte Steinbrück hinzu: „Die Brüsseler Kommission ist dichter an meinem Papier als die Bundesregierung.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Editorial



von Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD wird mit Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf um die Bundestagswahl 2013 gehen. Das wird eine kantige Auseinandersetzung mit Angela Merkel, auf die wir uns freuen. Schwarz-Gelb hat gegen die SPD und Peer Steinbrück keine Chance, wiedergewählt zu werden. In der Innenpolitik herrscht schwarz-gelber Dauerstreit auf allen Feldern. Auf den Euro-Gipfeln lässt sich die Kanzlerin feiern, ohne die Probleme zu lösen. Wenn wir die Märkte nicht regulieren und die Krise nicht in den Griff bekommen, droht ein Abschwung, den am Ende immer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezahlen müssen. Peer Steinbrück steht dafür, dass soziale Gerechtigkeit nur gelingen kann, wenn die Finanzmärkte gebändigt werden. Er hat für sein Konzept viel Zustimmung bekommen: Die Politik muss das Primat über die Märkte zurückgewinnen, das Casino muss geschlossen werden und Risiko und Haftung dürfen nicht länger getrennt sein. Sorgen macht uns auch die wachsende Schere zwischen Arm und Reich: Wenn Einkommen aus Arbeit und Vermögen auseinanderdriften, schwindet der soziale Zusammenhalt. Deshalb müssen wir ein Bündnis zwischen den Starken und den Schwachen schmieden: Große Vermögen sollen einen stärkeren Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Wir brauchen einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Den Missbrauch von Leiharbeit müssen wir verbieten. Tröstlich ist: In spätestens zwölf Monaten ist die Zeit dieser Regierung abgelaufen. Allerdings ist jeder Tag bis dahin ein verlorener Tag für Deutschland. Für den Sieg bei der Bundestagswahl wird die SPD geschlossen und mit aller Kraft kämpfen. Peer Steinbrück ist ein Mann der klaren Worte und der bessere Kanzler. ■

## Meldungen

## Dispo-Zinsen begrenzen

Seit der Finanzkrise ist in Deutschland die Höhe der Dispo-Zinsen deutlich gestiegen. Mit durchschnittlichen Sätzen von 12,4 Prozent werden hierzulande europaweit mit die höchsten Dispo-Zinsen verlangt. Verbraucherschutzministerin Aigner setzt gegenüber den Banken jedoch nur auf Appelle und gute Hoffnung. Gesetzliche Maßnahmen des finanziellen Verbraucherschutzes lehnt sie ab. Für die SPD-Fraktion steht hingegen fest: Die Erhebung überhöhter Dispo-Zinsen durch nahezu alle Institute in Deutschland muss endlich konsequent, zügig und dauerhaft gestoppt werden. „Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die klar stellt, dass die Höhe der Dispositionszinsen in einem angemessenen Verhältnis zu den Kosten der Banken steht“, sagt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion Kerstin Tack. Die Differenz zwischen dem festgeschriebenen Basiszinssatz und dem von Banken erhobenen Dispo-Zinssatz müsse auf maximal acht Prozentpunkte begrenzt werden. „Das entspricht der Differenz vor der Finanzkrise und schließt weiteren Missbrauch aus.“

Ostdeutschland:  
Weniger ist zu wenig

Waren und Dienstleistungen kosten im Osten in etwa soviel wie im Westen. Aber Löhne und Gehälter stagnieren im Osten seit Mitte der neunziger Jahre auf etwa 80 Prozent des Westniveaus.

Für die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler ist deshalb klar: „Wir brauchen jetzt faire Löhne, um Altersarmut in Ostdeutschland zu vermeiden.“ Dafür fordert Ziegler den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. „Schluss mit einer verantwortungslosen Politik, die die Arbeitskraft der Bürger unter Wert verkauft.“ Wer darauf vertraue, dass der freie Markt die Ungleichheit beseitigt, werde noch in 100 Jahren jene Floskeln hören, mit denen die Bundesregierung den Ostdeutschen erklärt, warum gleichwertige Lebensverhältnisse für sie immer nur ein „Ziel und ein Grundanliegen“ bleiben und „gleichwertig“ nicht „gleich“ bedeute. ■

# Mit guten Argumenten für die Einführung der Frauenquote

Nicht mehr nur die Opposition und die Frauen in der Unionsfraktion fordern die Quote. Auch die Länder sind in der Mehrheit dafür.

Auch wenn sich die schwarz-gelbe Bundesregierung weiter sträubt: Beim Thema Frauenquote bewegt sich was. Am 21. September wurde im Bundesrat ein Auftaktsieg für die Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten errungen. Gemeinsam mit den SPD-regierten Ländern stimmten das schwarz-rote Saarland und Sachsen-Anhalt einem Gesetzentwurf aus Hamburg zu. Der Entwurf sieht eine Quote von 40 Prozent für die Besetzung der Stühle in Aufsichts- und Verwaltungsräten mit Frauen vor.

SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht sieht in dem Abstimmungsergebnis vor allem eine Blamage für Frau Merkel: „Die Kanzlerin hat lange gezögert und – wie sich jetzt zeigt – auf die falsche Karte gesetzt – auf die Flexi-Quote von Ministerin Schröder.“

## Keine Argumente gegen Quote

Dass sich jetzt mit Annegret Kramp-Karrenbauer und Reiner Haseloff zwei CDU-Regierungschefs offen gegen die Kanzlerin und die Bundesregierung stellen, zeigt aus Sicht der SPD-Fraktion einmal mehr, dass es kaum inhaltliche Argumente gegen die Einführung einer Frauenquote gibt. In der Diskussion falle kein Wort zu den Themen, sagt Christine Lambrecht. Warum die Regierung beim Thema Frauenquote keine sachlichen Argumente anbringt, ist für sie



Wenn es nach der SPD-Bundestagsfraktion geht, stimmt der Bundestag noch in diesem Jahr über ein Gesetz zur Einführung der Frauenquote ab.

klar: Weil es sie nicht gibt. „Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft, für mehr Frauen in Führungspositionen zu sorgen, hat seit 11 Jahren keine Erfolge gebracht.“ Noch heute seien 85 Prozent der Aufsichtsräte und 97 Prozent der Vorstände Männer. Christine Lambrecht fordert die Bundesregierung auf, das wichtige Signal des Bundesrats jetzt ernst zu nehmen und die Frauenquote auch auf EU-Ebene nicht weiter zu blockieren. „Seit 20 Jahren reden wir über Gleichstellung, jetzt muss endlich eine verbindliche Regelung kommen.“ Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu bereits einen eigenen Gesetzentwurf

eingebraucht. In ihrem Entwurf, der seit diesem Frühjahr auf dem Tisch liegt, fordern die Sozialdemokraten eine 40-Prozent-Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen. Der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, will das Gesetz zur Einführung der Frauenquote noch in diesem Jahr im Bundestag zur Abstimmung stellen lassen. „Die Einführung der Frauenquote ist überfällig“, sagte er. Das dürfe durch den Streit in der Koalition nicht verzögert werden. „Das Gesetz muss noch in diesem Jahr verabschiedet werden“, erklärte Oppermann.

## Mieten müssen bezahlbar bleiben

Deutschland ist ein Mieterland. 53 Prozent der Bevölkerung lebt zur Miete. Das bisher bestehende Mietrecht schützt die 24 Millionen Mieter und garantiert einen fairen Interessenausgleich zwischen Vermietern und Mietern. Die schwarz-gelbe Bundesregierung legt jedoch ohne Not Hand an das soziale Mietrecht in Deutschland. Mit einem Gesetzentwurf plant die Regierung, die Energiewende auf Kosten des sozialen Mietrechts und der Mieter zu fördern. Klar ist: für Vermieter sollten Anreize geschaffen werden, ihr Wohneigentum unter Energieeffizienzgesichtspunkten zu sanieren. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen die Mieter jedoch trotz Beeinträchtigungen während der Sanierung bis zu drei Monate die Miete in voller Höhe wei-

terzahlen. Hinzu kommt, dass die Kosten der Modernisierung mit elf Prozent auf die Mieter umgelegt werden sollen. „Das hat zur Folge, dass viele Mieter die Mieterhöhungen nach energetischen Modernisierungen nicht verkraften können“, sagt der SPD-Rechtspolitiker Ingo Eglhoff. Die Wohnungswirtschaft müsste nach energetischen Standardsanierungen eine um etwa 2,40 Euro pro Quadratmeter höhere Miete verlangen, um wirtschaftlich zu bleiben. Demgegenüber stünden eingesparte Energiekosten von etwa 38 Cent pro Quadratmeter. „Das sind Mieterhöhungen, die viele Mieter schlichtweg überfordert.“ Zudem werde kein Vermieter energetische Sanierungen eher durchführen, nur weil die Miete drei Monate lang nicht gemindert werden

darf. Eglhoff vermisst in dem schwarz-gelben Gesetzentwurf vor allem die soziale Frage. Neben den erhöhten Energiekosten belasteten die steigenden Neuvertragsmieten gerade in den Ballungsräumen viele Mieterinnen und Mieter. „Der Mieterbund hat festgestellt, dass Altmietern durch Modernisierungsmaßnahmen verdrängt werden, da bei Neuvermietungen die Mieten wesentlich stärker erhöht werden können.“ Die SPD stehe zum Klimaschutz, sagt der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Michael Groß. Klar sei aber auch: „Die Miete muss bezahlbar bleiben.“ Es müsse verhindert werden, dass Menschen aus Stadtteilen vertrieben werden, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können. ■



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier bei seiner Rede auf dem Zukunftskongress.



Die Fraktionsspitze verfolgt den Kongress.



Petra Ernstberger mit Franz Müntefering.



Alfred Gusenbauer, österreichischer Bundeskanzler a. D.

# So wollen wir morgen leben!

**Auf ihrem Zukunftskongress präsentiert sich die SPD-Bundestagsfraktion bereit für die Regierungsverantwortung und macht deutlich, wie sie das Land gestalten will.**

Der Gastgeber hatte seine Zweifel, ob eine solche Veranstaltung gelingen kann. Wenn eine Oppositionsfraktion im Bundestag einlädt, um die künftige Gestaltung des Landes zu diskutieren, noch dazu nach einer intensiven Haus- und Arbeitswoche, könne man nicht sicher sein, wie viele kommen. „Schön, dass Sie mich nicht ganz allein gelassen haben“, begrüßte Frank-Walter Steinmeier die Teilnehmer beim zweitägigen Zukunftskongress der SPD-Fraktion.

„Nicht ganz allein“ war dabei eine deutliche Untertreibung, denn das mit gut 1000 Teilnehmern gefüllte Atrium im Paul-Löbe-Haus im Bundestag unterstrich das große Interesse der Menschen an den Zukunftsideen der Sozialdemokraten. Mit dem Kongress wolle die SPD-Fraktion das Land aus dem innenpolitischen Dauerschlaf befreien, sagte Steinmeier. „Dieses Land braucht einen Weckruf, die Dinge können nicht so bleiben wie sie sind.“

## Wie wollen wir leben?

Im Mittelpunkt des Zukunftskongresses stand daher die Frage: Wie wollen wir morgen leben? An der Antwort hat die SPD-Fraktion in den letzten 18 Mo-

naten in acht Projektgruppen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaften und Experten gearbeitet. Die thematischen Schwerpunkte reichten von Integration über Generationengerechtigkeit bis hin zu einer neuen Ordnung des Arbeitsmarktes. In Themenforen stellten die sozialdemokratischen Abgeordneten die Ergebnisse des Prozesses der Öffentlichkeit vor. Kritik und Anregungen des Publikums waren dabei ausdrücklich erwünscht. „Nehmen Sie uns beim Wort, fordern Sie uns, mischen Sie sich ein!“ appellierte Steinmeier an die Teilnehmer.

## Vision von einem gerechteren Land

In seiner Rede am zweiten Kongresstag zeichnete der SPD-Fraktionsvorsitzende ein Gesamtbild des Landes, wie es im Jahr 2020 aussehen soll. „Wir haben ein klares Bild von dem Deutschland, in dem wir leben wollen.“ Es sei ein Land, in dem die Menschen von dem leben können, was sie mit ihrer Hände und Köpfe Arbeit verdient haben. Egal, ob sie in einem Unternehmen arbeiten oder in der Kreativwirtschaft, als Einzelunternehmer oder Künstler tätig seien. „Wir haben eine Vision von ei-



Diskussion in einem Themenforum.

**„Wir wollen die Regierung führen – und zwar von vorn!“**

Frank-Walter Steinmeier



Kritik und Anregungen waren erwünscht.

nem Land, in dem wir sozialen Zusammenhalt bewahren, in dem die Menschen unterschiedlicher Herkunft einander nicht gleichgültig werden.“ Ein Land, in dem auch Menschen mit Behinderungen ein würdiges Leben führen könnten, in dem Frauen und Männer gleiche Chancen hätten und starke Schultern mehr tragen als schwache. Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden steht fest: „Das ist unser Land. Und das ist das Land, in dem die Mehrheit der Deutschen leben will!“

## Bereit für die Regierung

Der Kongress machte deutlich: Die Sozialdemokraten bereiten sich mit ihrem Projekt Zukunft intensiv auf die Regierungsarbeit vor. „Die Opposition ist die Zeit vor der Regierung“, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Thomas Oppermann. Und wenn man eines von der jetzigen Regierung lernen könne, dann, dass man sich darauf gut vorbereiten müsse. Die Bedingungen für diese Regierungsarbeit machte Frank-Walter Steinmeier klar: „Wir wollen vorneweg gehen, nicht als Juniorpartner in einer Großen Koalition.“ ■

**Stimmen**

„Die soziale Gerechtigkeit ist systemrelevant für unsere Demokratie.“

Frank-Walter Steinmeier

„Die Wiedereroberung demokratischer Gestaltungsfähigkeit - das ist unser eigentliches Ziel.“

Sigmar Gabriel

„Wir können, wir wollen und müssen dieses Land besser regieren!“

Thomas Oppermann

„Soziale Gerechtigkeit mit Demokratie und Freiheit zu verbinden ist Kernaufgabe der Sozialdemokratie.“

Alfred Gusenbauer

„Wollen wir in einer marktkonformen Demokratie leben oder in einer demokratiekonformen Marktwirtschaft?“

Peer Steinbrück

"Wir brauchen die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität."

Aydan Özoguz



Für zwei Tage lang gut gefüllt: Das Atrium des Paul-Löbe-Haus im Bundestag beim Zukunftskongress.

# Den Blick Richtung Zukunft

Über 1000 Teilnehmer kamen zum Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion. Das zeigt: Das Interesse der Menschen an sozialdemokratischen Lösungen ist groß.



Seine Rede war ein Rundumschlag gegen Schwarz-Gelb: der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück.



Aydan Özoguz spricht über ihr Projekt Integration und Teilhabe.



Die Rheinland-Pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen in einer Diskussion.



Beratung im Forum „Miteinander der Generationen“.



Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel hielt die Abschlussrede.

# Ideen für eine Politik von morgen

In acht Themenfeldern macht die SPD-Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge, wie Deutschland im Jahr 2020 aussehen soll und welche Weichen heute gestellt werden müssen. Ein Überblick.

„Wie wollen wir morgen leben?“ Es ist keine leichte Frage, die sich die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion gestellt haben. Für die Antwort haben sie sich die Zeit genommen. 18 Monate haben sie diskutiert und beraten, zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaften und Experten an den Antworten gefeilt. Die Ergebnisse hat die SPD-Fraktion auf ihrem Zukunftskongress vorgestellt. Es ist ein sozialdemokratisches Leitbild, eine Vision für Deutschland im Jahr 2020:

## Neue Ordnung für den Arbeitsmarkt

Niedriglöhne, Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge – die Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind trotz derzeitigem Beschäftigungshoch groß. Die Antwort der SPD-Fraktion liegt in einer neuen Ordnung für den Arbeitsmarkt. Über einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, neue Regeln in der Leiharbeit und stärkere Arbeitnehmerrechte sollen Vollbeschäftigung und gute Arbeit bis 2020 möglich werden.

## Kreativpakt

Die Kreativwirtschaft ist in Deutschland ein wichtiger Beschäftigungs- und Wachstumstreiber, gleichzeitig arbeiten hier Menschen besonders oft in prekären Arbeitsverhältnissen und ohne Absicherung. In einem Pakt mit den Kreativen will die SPD-Fraktion die soziale Sicherung der neuen, kreativen und digitalen Arbeitswelt anpassen.

## Infrastrukturkonsens

Große Infrastrukturprojekte will die SPD-Fraktion künftig vor allem mit der frühzeitigen Beteiligung der betroffenen Bürger verwirklichen. Dafür sollen unter anderem Volksbegehren und



Der Zukunftskongress zeigt: das Interesse an sozialdemokratischen Lösungen ist groß.

Volksentscheide zu Grundsatzfragen der Infrastrukturentwicklung auf Bundesebene ermöglicht werden.

## Gute Ganztagschule

Noch in diesem Jahrzehnt will die SPD-Fraktion über einen „Masterplan Ganztagschule 2020“ ein bedarfsgerechtes Ganztagsschulangebot schaffen, inklusive eines Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ab 2020. Voraussetzung dafür ist die Abschaffung des Kooperationsverbotes. Bund und Länder müssen auf allen Feldern der Bildungspolitik zusammenarbeiten können.

## Integration und Teilhabe

Für die Sozialdemokraten steht fest: Integration hängt vor allem von sozialen Faktoren ab und gelingt am besten, wenn alle Menschen die gleichen Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und Arbeit haben. Für mehr Chancengleichheit muss der Kitausbau vorangetrieben werden und eine Sprachförderung für alle fester Bestandteil vorschulischer Betreuung werden. Zudem sollen alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Berufsausbildungsgarantie bekommen.

## Gleichstellung von Frauen und Männern.

Frauen müssen sich genauso wie Männer aus eigener Erwerbstätigkeit absichern können. Dafür muss die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben abgebaut werden. Aus Sicht der SPD-Fraktion heißt das konkret: die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern per Gesetz durchsetzen, eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände einführen und die Minijobs reformieren.

## Miteinander der Generationen

Der demografische Wandel ist verbunden mit großen Herausforderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Ziel der Sozialdemokraten ist es, individuelle Lebensqualität, gesellschaftliche Solidarität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern. Dazu fordert die SPD-Fraktion einen vorsorgenden Sozialstaat, der hilft, alle Menschen von Anfang des Lebens an zu befähigen und der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachhaltig kostengünstig ist.

## Gerechte Steuern und Finanzen

Die Gesellschaft in Deutschland driftet auseinander, die Reichen werden reicher, die Armen immer ärmer. Klar ist: Wir brauchen eine starke Steuer- und Finanzpolitik, die die Steuerbelastung gerecht verteilt und Zukunftsaufgaben ohne neue Schulden finanziert. Die SPD-Fraktion wird die Ausgaben des Bundes prüfen und neue Einnahmefähigkeiten entwickeln. Dazu gehören die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Abgeltungssteuer, die Einführung von Finanztransaktions- und Vermögenssteuer. Sie schaffen finanzielle Spielräume für Investitionen in Bildung und Infrastruktur und die Entlastung der Kommunen. ■

## Broschüre

DEUTSCHLAND  
2020 SO WOLLEN  
WIR MORGEN LEBEN  
BAUSTEINE EINES  
MODERNISIERUNGS-  
PROGRAMMS



Die 118-seitige Broschüre „Deutschland 2020“ fasst die Ergebnisse des „Projekts Zukunft“ zusammen und kann über [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) kostenlos bestellt oder als PDF heruntergeladen werden. ■

## „Die neue Ordnung der Arbeit kann niemand allein schaffen“



Michael Sommer redet beim Abendempfang.

Beim Abendempfang des Zukunftskongresses sprach der DGB-Vorsitzende Michael Sommer über das Projekt Zukunft und die Herausforderungen der nächsten Jahre.

Sommer lobte dabei den engen Zeitrahmen der Zukunftsdiskussion. Bis 2020 seien es acht Jahre, die man gut überblicken kann. Um die Herausforderungen dieser Jahre zu meistern, forderte der DGB-Vorsitzende einen stärkeren Gestaltungswillen der Politik. Die Deregulierung sei viel zu lang als eine Art Götze betrachtet worden, dem man alle

Opfer darbringen müsse. „Wir sollten mit diesem Unsinn einmal Schluss machen und uns dazu bekennen, dass die Politik die Aufgabe hat, die Gesellschaft und den Staat zu gestalten!“

Im Mittelpunkt steht für Sommer dabei die Frage nach einer neuen Ordnung für Arbeit. „Wir wissen heute, dass die alte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt verloren gegangen ist.“ Insbesondere das Problem Arbeitslosigkeit und die Angst der Menschen davor sei einer der zentralen Punkte, um den sich die Politik kümmern müsse.

Keinen Zweifel ließ der DGB-Chef daran, dass diese Aufgaben nur gemeinsam gemeistert werden können. „Eine neue Ordnung der Arbeit kann niemand alleine schaffen, weder die Gewerkschaften noch die Politik.“

Die Sozialdemokraten sieht er mit dem Kongress auf einem guten Weg: „Ich begrüße es außerordentlich, dass dieser Kongress Konzepte dafür entwickelt, wie wir ein geschlossenes Bündel machen können, um endlich zu einer neuen und guten Ordnung von Arbeit kommen zu können.“ ■

# Neue Ordnung für den Arbeitsmarkt: Wie wollen wir morgen arbeiten?

Auf dem Zukunftskongress hat die SPD-Fraktion ihre Ideen für den Arbeitsmarkt vorgestellt.

Wie kann es gelingen, gute Arbeit zu sichern und neue Wege zu öffnen. Wie kann Arbeitslosigkeit besiegt werden, mit leistungsgerechten Löhnen, damit sich Arbeit lohnt? Mit diesen Fragen hat sich das Zukunftsprojekt „Ordnung für Arbeit“ beschäftigt. Die SPD-Abgeordnete Anette Kramme und Elke Ferner haben auf dem Zukunftskongress gemeinsam mit Experten die Ergebnisse vorgestellt.

Ein sich ausweitender Niedriglohnsektor, Probleme mit Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen. Dazu ein gespaltener Arbeitsmarkt mit einem Mangel an Hochqualifizierten auf der einen und zu vielen Geringqualifizierten auf der anderen Seite. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anette Kramme schilderte eingangs die Probleme auf dem Arbeitsmarkt, bei denen sie den größten Handlungsbedarf sieht.

## Equal Pay und Mitbestimmung

Insbesondere der ansteigende Niedriglohnsektor habe massive Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme, sagte Kramme. Dagegen helfe nur ein Mindestlohn von 8,50 Euro, wobei dies nur die untere Grenze sein könne. Beim Thema Leiharbeit zeigte sich Kramme selbstkritisch. „Die SPD hat an

der derzeitigen Situation eine große Portion Mitschuld“, sagte sie. Der Ansatz der Leiharbeit sei zwar gut gemeint gewesen, aber radikal missbraucht worden. Als Gegenmaßnahme müsse man wirklich für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit sorgen und den Betriebsräten mehr Mitbestimmung einräumen.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elke Ferner sieht den Arbeitsmarkt auch in Bezug auf Frauen und Männer gespalten. Frauen verdienen trotz gleicher Arbeit weniger als Männer, zudem arbeiteten sie oft in Teilzeit oder Minijobs. Die Folgen: Viele Frauen können ihre Existenz nicht alleine sichern, ihre Renten reichen nicht aus und der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen wird immer größer, je älter die Arbeitnehmerinnen sind. Neben besseren Betreuungsmöglichkeiten für Kinder forderte Elke Ferner deshalb, endlich die politischen Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Dazu gehörten eine Reform der Minijobs und vor allem ein Entgeltgleichheitsgesetz.

## Grund zu Optimismus

Als dringend renovierungsbedürftig bezeichnete auch Prof. Michael Behr aus dem Thüringer Ministerium für



Gut besucht: Das Forum zum Thema „Neue Ordnung für den Arbeitsmarkt“ im Bundestag.

Wirtschaft, Arbeit und Technik den Arbeitsmarkt. Trotzdem blickt er insgesamt optimistisch in die Zukunft. „Wir stehen vor einem sozialdemokratischen Jahrzehnt auf dem Arbeitsmarkt.“ In Deutschland habe es im Prinzip seit 1949 immer ein Überangebot an Arbeitskräften gegeben, begründet in einem stetigen Zufluss, zuerst durch die Heimatvertriebenen, dann die Gastarbeiter und zuletzt durch die Wiedervereinigung. Dies führte zu einer hohen Konzessionsbereitschaft bei Arbeitnehmern und Gewerkschaften. „Diese Sondersituation neigt sich dem

Ende zu“, sagte Behr. Die große Herausforderung der nächsten Jahrzehnte liegt daher für ihn vor allem darin, bei drohendem Fachkräftemangel die Wettbewerbsfähigkeit des Landes aufrechtzuerhalten. Möglich sei das nur, wenn man mehr Frauen in Vollzeitbeschäftigung bringe. „Es ist einer der größten Skandale überhaupt, dass wir in Deutschland die Vollzeit von Frauen aufgrund von fehlenden Betreuungsangeboten verhindern.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## „Wir wollen, dass das Leben für alle Menschen offen ist“



Hubertus Heil während der Diskussion.

**In keinem vergleichbaren Land sind die Chancen auf höhere Bildung so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland.** Darüber, wie unser Land gerechter und lebenswerter werden kann, sprachen auf dem Zukunftskongress die Bildungsministerin von Rheinland-Pfalz Doris Ahnen, Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil.

Jutta Allmendinger stellte in ihrem Eingangsstatement dar, dass es in Deutschland keine Diskussion über Gerechtigkeitsdimensionen gebe. Viele staatliche Transferleistungen wie Elterngeld und Arbeitslosengeld I richteten sich nach dem jeweiligen Status. „Die Beträge sind abhängig von einem vorgängig erreichten Status und die-

nen dem Stuserhalt.“ Die Politik aber müsse zuerst dafür sorgen, dass die Menschen einen guten sozialen Status überhaupt erreichen können. Die SPD sieht Allmendinger mit ihrem Ansatz der frühkindlichen Bildung auf dem richtigen Weg. Das frühe Aussortieren von Kindern, wie es derzeit stattfindet, sei falsch und nehme den Kindern Chancen.

Für Doris Ahnen muss heute wie damals die Bildung im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik stehen. „Wir haben in den 1970er Jahren davon profitiert, dass Aufstieg durch Bildung möglich war.“ Ahnen verwies darauf, dass Deutschland heute wieder eine neue Bildungsexpansion brauche, weil die Chance auf einen höheren Schulabschluss bei Kindern aus Akademikerfamilien sechsmal höher sei als bei Kin-

dern aus Nichtakademikerhaushalten. Soziale Gerechtigkeit als Wert habe gerade in den letzten Jahren wieder eine größere Relevanz erhalten, sagte Hubertus Heil. Nicht nur die Verteilung von materiellen Gütern sei in Deutschland ungleich, sondern es herrsche schon bei der Verteilung von Lebenschancen Ungleichheit. Ein Beweis dafür sei der tief gespaltene Arbeitsmarkt. Auf der einen Seite würden Menschen abgehängt, auf der anderen Seite herrsche ein Mangel an Fachkräften. Allein über Umverteilung sei diese Ungleichheit nicht zu beseitigen. „Wir wollen, dass das Leben für alle Menschen offen ist.“ Der SPD-Fraktionsvize plädiert deshalb für einen vorsorgenden Sozialstaat, der nicht nur Risiken absichert, sondern Arbeitslosigkeit vor allem präventiv bekämpft. ■

# Zukunft Schiene - mit starker Arbeitnehmervertretung

## Rund 160 Teilnehmer kamen zur 2. Betriebs- und Personalrätekonferenz Bahn der SPD-Bundestagsfraktion

Der Schienenverkehr hat Zukunft, aber nur mit einer starken Arbeitnehmervertretung und einem integrierten Bahnkonzern – das war das Fazit der 2. Betriebs- und Personalrätekonferenz Bahn der SPD-Bundestagsfraktion.

Unter dem Motto „Zukunft Schiene – nur mit starker Arbeitnehmervertretung!“ hatte die SPD-Bundestagsfraktion Arbeitnehmervertreter aus der gesamten Bahnbranche nach Berlin eingeladen. 160 Teilnehmer diskutierten mit Vertretern der SPD-Fraktion und dem Vorsitzenden der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Alexander Kirchner. Der Bahnbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Burkert, machte zu Beginn der Konferenz klar: „Der Wettbewerb auf der Schiene darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer in der Bahnbranche gehen.“

### Mehr Investitionen in die Schiene

Die Arbeitnehmervertretung sei nicht der Hemmschuh, sondern der Sportschuh der deutschen Wirtschaft, machten die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil und Florian Pronold deutlich. Dies stelle sich gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer wieder unter Beweis. Zudem müsse es mehr Investitionen in die Schiene geben, wenn Deutschland sei-



Auf dem Podium bei der Bahn-Betriebsrätekonferenz: Alexander Kirchner, Martin Burkert, Florian Pronold und Sören Bartol (von links nach rechts).

ne wirtschaftliche Vorrangstellung in der Welt behaupten will, betonte Florian Pronold. Gewerkschafter Kirchner forderte als Bestandteil einer Energie- und Verkehrswende eine Verkehrswende und vor allem mehr Investitionen in den Lärmschutz. „Nur so können dauerhaft Arbeitsplätze in der Bahnbranche gesichert und vor allem geschaffen werden.“ Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sören Bartol, stellte vor allem die Bedeutung der Schieneninfrastruktur heraus. Auch er betonte die Bedeutung der

Arbeitnehmervertretung in der Bahnbranche: „Eine starke Bahn braucht eine starke Arbeitnehmervertretung.“ In den Diskussionsrunden hoben die Teilnehmer neben der starken Arbeitnehmervertretung und der Bekämpfung der Leiharbeit vor allem die Bedeutung des integrierten Bahnkonzerns für die Arbeitnehmerschaft hervor. Auch die Vertreter der SPD-Fraktion bekannten sich eindeutig zu den Parteitagebeschlüssen von Hamburg und Leipzig, die die Beibehaltung klar festschreiben. ■

## „Ausweitung von Minijobs ist grundfalsch“

Das Bundeskabinett hat die Ausweitung der Minijobs beschlossen. Künftig soll die Einkommensgrenze für Minijobs von 400 auf 450 Euro erhöht werden. In der Praxis bedeutet das, dass Arbeitnehmer, die unter 450 Euro im Monat verdienen, keinerlei Steuern und Abgaben zahlen müssen. Arbeitgeber allerdings auch nicht. Derzeit arbeiten in Deutschland rund 7,4 Millionen Menschen in Minijobs, davon sind 4,65 Millionen Frauen, also weit mehr als die Hälfte. Das Problem bei den Minijobs: Wer keinerlei Abgaben zahlt, hat später auch keinen Anspruch auf Rente. Vielen Minijobbern droht damit später die Altersarmut.

„Die Erhöhung auf 450 Euro ist grundfalsch“, sagt deshalb die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion Gabriele Hiller-Ohm. Für Arbeitgeber werde es damit noch attraktiver, nor-

male Stellen in Minijobs zu zerstückeln. Sie verweist auf das Gaststättengewerbe, in dem es immer schwieriger werde, reguläre und sozialversicherte Jobs zu finden. Die Folge für die Arbeitnehmer: Dumpinglöhne, rechtswidrige Arbeitsbedingungen, schlechte Berufsperspektiven und nicht zuletzt Altersarmut. Die Politik von Arbeitsministerin von der Leyen nennt Hiller-Ohm verlogen. Sie schreibe sich die Vermeidung von Altersarmut auf die Fahne, Sorge aber mit ihrer Arbeitsmarktpolitik selbst dafür. Auch die Gewerkschaften schlagen Alarm. „Es hat sich längst erwiesen, dass der Minijob kein Sprungbrett für gute Arbeit ist, sondern eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse, die vor allem für Frauen in Altersarmut endet“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Sie sieht im Minijob zudem einen Kata-

lyikator für den Niedriglohnsektor. Beschäftigte mit Minijob bekämen im Schnitt einen Stundenlohn von unter acht Euro. „Eine Erhöhung der Minijobmauer führt einzig und allein dazu, dass künftig noch mehr Arbeitnehmer zu Niedriglöhnen arbeiten.“ Für sie steht deshalb fest: „Statt die Minijobs auszuweiten ist es notwendig, die Kleinstarbeitsverhältnisse in den regulären Arbeitsmarkt zu überführen.“ Auch für die SPD-Bundestagsfraktion gibt es daher nur ein wirksames Mittel, um den Niedriglohnsektor trocken zu legen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse einzudämmen: einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Meldungen

### Schäuble plündert Rentenkasse

Um die Schuldenbremse 2016 einzuhalten, bedient sich die Koalition unlauterer Mittel. An zwei Stellen greift sie unverantwortlich in die Rentenkasse, um das angeblich mühelose Erreichen der Schuldenbremse zu garantieren: Finanzminister Schäuble nimmt die nächsten vier Jahre insgesamt fast fünf Milliarden Euro aus dem Rententopf, nennt dies „Beitrag zur Konsolidierung“ und schiebt es in den Bundeshaushalt. Sobald die Schuldenbremse nach 2016 in Kraft tritt, wird der Konsolidierungsbeitrag durch den Bundeshaushalt finanziert. „Hier wird nicht weiter als 2017 gedacht, sondern zu Lasten der Beitragszahler Schönfärberei betrieben“, kritisiert die stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Bettina Hagedorn. Zudem habe Schäuble eine zweite Stellschraube genutzt, um seinen Haushaltsentwurf zu frisieren: die Beitragssatzsenkung von 19,6 auf 19,0 Prozent. Eigentlich wäre sie erst im November in den Haushaltsberatungen vorgenommen worden. Schäuble hat sie bereits jetzt berücksichtigt und die Einsparung von zusätzlich einer Milliarde Euro als eigene „Konsolidierungsanstrengung“ beschönigt. ■

### Bahnpreise: Mehr Fragen als Antworten

Die Deutsche Bahn erhöht zum Ende des Jahres ihre Preise. Als Grund gibt sie die gestiegenen Energiepreise an. Für Sören Bartol, Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion, wirft die Preiserhöhung viele Fragen auf. Die DB AG schließe als Großunternehmer langfristige Verträge zu günstigen Konditionen ab, mit denen Preisschwankungen abgedeckt werden und somit weniger ins Gewicht fallen als zum Beispiel bei einem Privathaushalt. „Es besteht daher schon der berechtigte Verdacht, dass die DB AG ihre Marktstellung missbraucht, um jedes Jahr ungerechtfertigte Preiserhöhungen durchzusetzen.“ Für Bartol ist klar: „Diese Preiserhöhung trägt nicht zur Förderung des umweltverträglichen Verkehrsträgers Schiene bei.“ ■



Selbstbewusst und angriffslustig: „Wir spielen auf Sieg, nicht auf Platz“, sagt Frank-Walter Steinmeier.

## »Die SPD hat den Anspruch, dieses Land zu gestalten und zu regieren.«

Mit ihrem Zukunftskongress hat sich SPD-Bundestagsfraktion selbstbewusst aus der Sommerpause zurückgemeldet. Im Interview spricht Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier über die Themen der nächsten Monate und sagt, warum er an einen rot-grünen Wahlsieg 2013 glaubt.

**Die SPD-Bundestagsfraktion diskutiert in ihrem Zukunftsdialog mit Experten und Gesellschaft über die Zukunft des Landes und möchte das Land gestalten. Dabei befindet sie sich „nur“ in der Opposition. Wie passt das zusammen?**

Die SPD hat den Anspruch, dieses Land zu gestalten und zu regieren. Wir sind nicht und wir werden nie Opposition nur um der Opposition willen sein. Deshalb haben wir sofort nach der Bundestagswahl begonnen, uns auf neue Regierungsverantwortung vorzubereiten. Und die desaströse Leistung der Regierung Merkel zeigt uns doch jeden Tag, wie wichtig es sein wird,

dass wir sofort nach der nächsten Wahl beginnen können, Deutschland wieder gut zu regieren.

**Sie sagen, dass Sie als Sozialdemokraten die gesellschaftliche Mehrheit auf Ihrer Seite haben. Woran genau machen Sie das fest?**

Das kann man ganz einfach an den Themen ablesen: Beim Mindestlohn, bei der Bürgerversicherung, bei den Ganztagschulen, bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern, beim Kampf gegen den Missbrauch von Leiharbeit, bei den Rechten von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, beim Widerstand gegen das Betreuungsgeld –

überall sind die gesellschaftlichen Mehrheiten auf unserer Seite. Die SPD ist schon eine ganze Weile wieder die politische Mitte in Deutschland. Wir bestimmen die Themen. Frau Merkel versucht verzweifelt unsere Themen zu kopieren. Aber sie tut das nur halbherzig, denn inhaltlich überzeugt ist sie nicht, sondern bestenfalls strategisch motiviert.

Für uns kommt es deshalb in den kommenden zwölf Monaten darauf an, diese Mehrheiten auch in Wählerstimmen für Peer Steinbrück und die SPD umzuwandeln. Ich bin sicher, wir werden das schaffen.

„Merksels Politik der Rettungsschirme hat in eine Sackgasse geführt“

**Die SPD-Fraktion hat gerade auf einem Kongress nach 18 Monaten Projektarbeit die Ergebnisse ihres Projekts Zukunft vorgestellt. Wie beurteilen Sie persönlich den Zukunftsdialog und seine Ergebnisse?**

Ich bin sehr zufrieden mit dem, was wir geschafft haben. Über 1200 Menschen waren zwei Tage auf unserem Zukunftskongress und haben mit uns über Wege und Lösungen für das nächste Jahrzehnt diskutiert. Die Projektgruppen haben über Monate Kontakte geknüpft, Menschen von außen befragt und eingebunden und intensiv mit der Fraktion an diesen Lösungen gearbeitet. Wir haben über neue und bessere Wege in der Bildungspolitik, über Wege zur sozialen Absicherung in Bereichen der Kreativwirtschaft, über die Chance, die für das Industrieland Deutschland überlebenswichtige Infrastruktur zu bauen, über eine neue Integrations-, Gleichstellungs- und Generationenpolitik sowie über eine gerechtere Steuer- und Finanzpolitik diskutiert. Ich finde das Ergebnis überzeugend. Es ist eine gute Grundlage für unser Wahlprogramm.

**Das Parlament hat den Betrieb nach der Sommerpause wieder aufgenommen. Worin liegen Ihrer Meinung nach die Herausforderungen des Bundestages in den nächsten Monaten?**

Das dominierende Thema wird weiterhin die europäische Krise bleiben. Frau

Merkel mag versuchen, erneute Entscheidungen über Rettungspakete so lange wie möglich aus dem Bundestag fernzuhalten, weil sie um die eigene Mehrheit fürchtet. Aber sie werden kommen. Und wir werden darauf bestehen, dass die Entscheidungsrechte des Bundestages nicht wieder unter die Räder kommen. Es wird sich dabei zeigen, dass Merkels Politik der Rettungsschirme in eine Sackgasse geführt hat. Ansonsten sollten sich die Bürgerinnen und Bürger aber nicht mehr allzu große Hoffnungen auf ernsthafte Versuche seitens dieser Regierung machen, in diesem Land etwas zu bewegen. Die innenpolitischen Gemeinsamkeiten von Schwarz-Gelb waren nach den Klientelgeschenken an die Hotelwirtschaft weitestgehend aufgebraucht. Da wird nichts mehr kommen.

**Die Koalition streitet dagegen immer noch über Themen wie das Betreuungsgeld oder den Mindestlohn. Wie beurteilen Sie den derzeitigen Zustand der Regierungskoalition?**

Der Zustand der schwarz-gelben Bundesregierung war von Anfang an schlecht. Und er ist seitdem mit jedem Tag noch schlechter geworden. Unzählige Neustarts wurden ausgerufen und binnen weniger Wochen doch sofort wieder durch neuen Streit und gegenseitige Blockade ersetzt. Ich bleibe dabei: Dies ist die schlechteste Regierung seit Bestehen der Bundesrepublik.

„Dies ist die schlechteste Regierung seit Bestehen der Bundesrepublik“

**Glauben Sie, dass die Regierung Merkel bis zum Ende der Legislaturperiode durchhalten wird?**

Sie wird sich weiter durchwursteln. Das ist schlecht für Deutschland, aber viele Abgeordnete der Koalition wissen, dass sie einem neuen Bundestag nicht mehr angehören werden.

**Trotz dieser Regierung steht Deutschland im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn gut da. Wie passt das zusammen?**

„Die Aufgabe, unser Land für die Zukunft aufzustellen, musste damals wie heute Rot-Grün übernehmen“

Diese Regierung erntet auf Feldern, auf denen sie nie gesät hat. Und noch viel schlimmer: Sie wirft auch keine neue Saat aus. Deutschland steht gut da, weil die letzte rot-grüne Bundesregierung den Mut hatte, große wirtschafts- und sozialpolitische Reformen anzupacken. Wir standen 1998 nach unserer Regierungsübernahme vor einer Situation, in der Deutschland als der „kranke Mann Europas“ bezeichnet wurde. Wir waren Schlusslicht in allen Wachstumstabellen, die Arbeitslosigkeit stieg und stieg und die Sozialsysteme standen vor dem finanziellen Kollaps. Die damalige Regierung aus Union und FPD hatte nicht die Kraft, das Ruder herumzureißen, genauso wenig, wie die heutige Regierung Merkel den Mut hat, eine Regulierung der Finanzmärkte, Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, gleiche Bezahlung für Frauen und einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik anzugehen. Die Aufga-



Gut gelaunt: Frank-Walter Steinmeier mit SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz.



Der SPD-Fraktionschef bei seiner Rede auf dem Zukunftskongress der SPD-Fraktion.

be, unser Land für die Zukunft aufzustellen, musste damals wie heute Rot-Grün übernehmen. Wir haben damals die Weichen dafür aufgestellt, dass die Arbeitslosigkeit von über fünf Millionen auf unter drei Millionen gesunken ist, wir haben die Finanzierung der Sozialsysteme auf stabile Beine gestellt und wir haben dafür gesorgt, dass Deutschland vom Schlusslicht auf den ersten Platz der Wachstumstabelle in Europa gelangt ist. Ich bin deshalb überzeugt, dass Rot-Grün die richtige Wahl für unser Land 2013 ist.

**2013 ist ein Wahljahr, nach zwei Landtagswahlen kommt im Herbst die Bundestagswahl. Was werden die entscheidenden Themen in den Wahlkämpfen sein?**

Gutes Regieren, weniger Schulden, mehr Bildung, Bändigung der Finanzmärkte, Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und gleiche Chancen für Frauen und Männer. Das sind die Themen, um die es geht. Und da haben wir die besten Antworten.

**Weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün haben in den Umfragen derzeit eine Mehrheit. Woher nehmen Sie den Optimismus, dass es doch für Rot-Grün reichen könnte.**

Eines ist klar: Schwarz-Gelb wird es nicht mehr geben. Die gesellschaftliche Mehrheit liegt längst links von Union und FDP. Es wird darum gehen, diese

„Es wird darum gehen, die gesellschaftliche Mehrheit bei der Bundestagswahl auch in eine politische Mehrheit im Parlament umzuwandeln“

gesellschaftliche Mehrheit bei der Bundestagswahl auch in eine politische Mehrheit im Parlament umzuwandeln. Die Chance darauf ist da, wenn wir all jene für die SPD gewinnen können, die den Stillstand beenden, die Gerechtigkeit auf den Finanzmärkten und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen, die ein modernes und weltoffenes Land wollen. Wer eine gute Zukunft für unser Land und Europa will, der muss Rot-Grün zur Mehrheit verhelfen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Vorgestellt



Gabriele Groneberg

Gabriele Groneberg (57) ist am 26. Juni 2012 für Garrelt Duin in den Bundestag nachgerückt, der als Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk nach Nordrhein-Westfalen gewechselt ist. Die ausgebildete Fremdsprachensekretärin saß bereits von 2002 bis 2009 für ihren Wahlkreis Cloppenburg-Vechta im Bundestag. Dort vertritt sie die SPD-Fraktion als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. ■



Wolfgang Hellmich

Wolfgang Hellmich (54) ist seit dem 22. Juni 2012 Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Er folgt damit auf Michael Groschek, der als Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr ins Kabinett von Hannelore Kraft nach Nordrhein-Westfalen gegangen ist. In Berlin vertritt Hellmich seinen Wahlkreis Soest, sitzt als ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss und als stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Gesundheit sowie Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Hellmich will möglichst viele Menschen motivieren, sich einzubringen. „Politik braucht engagierte Menschen!“ ■

# NSU-Ausschuss: Es kommt immer mehr ans Licht

Die Bundesregierung trägt zu wenig zur Aufklärung der NSU-Affäre bei.

// Ob vernichtete Akten oder Versäumnisse bei der Weitergabe von Informationen – Patzer, wohin man schaut. //

Der von Sebastian Edathy (SPD) geleitete NSU-Untersuchungsausschuss soll die Hintergründe der unfassbaren Taten des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) aufklären – und stößt dabei immer wieder auf neue Aktenpannen, die durch die Bundesregierung nur scheinbar aufgeklärt werden. Eva Högl ist die zuständige Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im NSU-Untersuchungsausschuss. Für sie steht fest: „Innen- und Verteidigungsministerium haben bis heute nicht begriffen, welche Dimension diese Mordserie und das Versagen der Sicherheitsbehörden haben.“

## Aktenvernichtung

Angefangen hat es mit der Akten-schredderaffäre beim Bundesamt für Verfassungsschutz, um deren Aufklärung sich der Untersuchungsausschuss im Oktober durch Zeugenbefragungen bemühen wird. Nach wie vor sei es für sie völlig unverständlich, dass überhaupt Dateien und Akten vernichtet wurden, nachdem die Zwickauer Terrorzelle im November aufgefliegen war, sagt dazu Eva Högl. Innenminister Friedrich wirft sie vor, dass er nicht unmittelbar nach Bekanntwerden der NSU-Taten und des Versagens der deutschen Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung einen Aktenvernichtungsstopp veranlasst habe.

Erst spät ist zudem bekannt geworden, dass der Militärische Abschirmdienst (MAD) 1995 den späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos befragt hatte. Mundlos war gegen Ende seines Wehrdienstes wegen rechtsextremistisch zu wertendem Verhalten aufgefallen. Obwohl das für den MAD zuständige Verteidigungsministerium seit Mitte März 2012 von der Existenz des Befragungsprotokolls wusste, hatten weder Geheimdienst noch Ministerium den Bundestagsausschuss informiert. Erst aufgrund hartnäckiger Recherchen und wiederholter Nachfragen wurde dem Gremium die Akte über das Mundlos-Gespräch ausgehändigt. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) räumte in einem Brief



Sitzt für die SPD-Fraktion als Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss: Eva Högl.

an die Ausschussmitglieder ein, es sei „unsensibel“ gewesen, dass sein Haus die Abgeordneten nicht gezielt auf die Papiere hingewiesen habe. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat beteuert, dass die Regierung alles tue, um die Arbeit des Ausschusses zu unterstützen. Dem steht allerdings entgegen, dass die Presse schon aus der Bundeswehr-Personalakte von Uwe Mundlos zitierte, als sie den Ausschuss-Mitgliedern noch gar nicht vorlag.

## Neue Kriterien bei V-Leuten

Grundsätzlich fordert Eva Högl einen Mentalitätswechsel in den Geheimdiensten bzw. Ämtern für Verfassungsschutz. Die Kriterien für Auswahl und Führung von V-Leuten müssten neu überdacht werden, außerdem müsse mehr Wert auf interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter gelegt und ein neues Konzept für Ausbildung und Schulungen ausgearbeitet werden. Abschaffen will Högl die Dienste nicht, gleichwohl müssten sie stärker zusammenarbeiten und die parlamentarische Kontrolle müsse deutlich verstärkt werden.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Thomas Oppermann stellt zudem klar: „Es ist unerträglich für die Angehörigen der Opfer, dass wir täglich von neuen Veruschungsaktionen erfahren. Alle Informationen und Akten müssen auf den Tisch! Die radikale Aufklärung ist die Voraussetzung für einen Neuanfang.“ ■

## Termine

**15.10. „Inklusion im Sport“, Berlin.**

**15.10. „Nachhaltige Lebenswelten: Wertewandel und Arbeitszeitpolitik“, Berlin.**

**17.10. „Forschung 2020“, Berlin.**

**22.10. „Kommunen und Regionen im Demografischen Wandel“, Berlin.**

**Weitere Termine:**  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
[www.facebook.com/spdbundestagsfraktion](https://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion)

## IMPRESSUM GUTE ARBEIT

**Herausgeberin:** SPD-Bundestagsfraktion

**Verantwortlich:** Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Redaktionschluss:** 02. Oktober 2012

**Herstellung:** NetworkMedia GmbH

**Redaktion:** Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

**Layout:** Gero Fischer

**Druck:** Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

**Bestellungen von „Gute Arbeit“,** Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de)

– per Fax: 030/22756800